

Materialistischer Feminismus

Ein Expert*inneninterview mit Christina Engelmann

geführt von Marc Blüml

Marc Blüml: *Guten Tag Christina Engelmann und vielen Dank für Deine Bereitschaft zu diesem Interview zum Materialistischen Feminismus. Einstiegs würde mich interessieren, was einen materialistischen Blick auf Fragen der Geschlechterverhältnisse gegenüber anderen Perspektiven auszeichnet?*

Christina Engelmann: Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, mit Dir über materialistisch-feministische Gesellschaftsanalysen ins Gespräch zu kommen. Anhand des von Dir gewählten Begriffs der Geschlechterverhältnisse lässt sich – wenn wir die Betonung auf den zweiten Teil des Begriffs, also auf *Verhältnisse*, legen – schon sehr gut veranschaulichen, inwiefern materialistisch-feministische Analysen sich von anderen feministischen Ansätzen unterscheiden. Geschlechterverhältnisse werden hier als etwas begriffen, das nicht natürlich gegeben ist und auch nicht nur intersubjektive Relationen zwischen zwei

Personen beschreibt. In den Blick kommen vielmehr die gesellschaftlichen Verhältnisse, in die Paarbeziehungen und überhaupt alle zwischenmenschlichen Beziehungen eingebunden sind. Die Geschlechterdifferenz wird damit als etwas analysierbar, das geschichtlich entstanden ist und unsere Gesellschaft nach wie vor als Organisationsprinzip bestimmt.

In der Einleitung zu unserem Band *Materialistischer Feminismus. Gegenwartsanalysen zu Geschlecht im Kapitalismus* haben wir eine Art Mapping der verschiedenen Ansätze unternommen, die sich aus einer materialistisch-feministischen Perspektive mit Geschlechterverhältnissen beschäftigen. Damit beanspruchen wir keineswegs, eine vollständige Zusammenstellung dieser Forschungs- und Theorieansätze zu geben und in dem Austausch, der sich rund um die Veröffentlichung des Sammelbands entsponnen hat, sind wir tatsächlich auch

schon mit Akteur*innen ins Gespräch gekommen, die ihre materialistisch-feministische Theorie- und Praxisarbeit etwa als Teil der kurdischen Befreiungsbewegung begreifen, die wir vorher nicht einbezogen hatten. Das Mapping ist also nicht als abgeschlossene Gesamtdarstellung gedacht, sondern soll exemplarisch zeigen, was die verschiedenen Verständnisse von materialistischem Feminismus gegenüber anderen feministischen Ansätzen auszeichnet. Ganz grundsätzlich lässt sich sagen, dass der Wandel der Geschlechterverhältnisse hier als eingebunden in die Entwicklung des gesellschaftlichen Ganzen verstanden wird: Wir verstehen demnach die Gründe für die fortbestehende vergeschlechtlichte Ungleichheit und Unterdrückung nur, wenn wir die jeweilige Gesellschaftsformation, in der die Geschlechterverhältnisse ihre historisch spezifische Form annehmen, in ihrem Entstehungszusammenhang begreifen. Umgekehrt stellen materialistisch-feministische Ansätze heraus, dass sich das (krisenhafte) Funktionieren kapitalistischer Gesellschaften nicht ohne Begriffe wie den der Geschlechterverhältnisse und der Reproduktion, der Verwandtschafts- und Sorgebeziehungen verstehen lässt. Insofern sind materialistisch-feministische Kategorien einer umfassenden Analyse der Gesellschaft immer schon eingeschrieben und nicht etwas, das nachträglich zu dieser hinzukäme. Gerade weil die Geschlechterdifferenz – gleich anderer sozialer Differenzierungen, die vielfach etwa auch einer rassifizierenden

Logik folgen – tief in Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse kapitalistischer Gesellschaften eingebunden sind, verstehen wir gesellschaftliche Herrschaftszusammenhänge nur angemessen, wenn wir soziale Institutionen wie die Familie und Organisationsprinzipien der Gesellschaft wie die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung zum Gegenstand unserer Analyse machen.

Uns war dabei wichtig, die historischen Anfänge einer materialistisch-feministischen Gesellschaftsanalyse in Erinnerung zu rufen, die in der gegenwärtigen Diskussion kaum berücksichtigt werden. In meiner Analyse setze ich bei historisch-materialistischen Arbeiten zur Frauenfrage an, wie sie August Bebel in *Die Frau und der Sozialismus* (1879) und Friedrich Engels in *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates* (1884) entwickelt haben. Die beiden knüpfen an Überlegungen an, die Marx im *Kapital* formulierte, vor allem in den mehr historisch ausgerichteten, materialreichen Kapiteln zum Arbeitstag und zur Maschinerie. In den Blick genommen wird hier, was sich historisch änderte dadurch, dass immer mehr Frauen*, aber auch Kinder in die Industriearbeit einbezogen wurden. Es zeigt sich dabei, dass die Rolle, die Frauen traditionell zugeschrieben wurde, sich ganz grundlegend verändert, wodurch es teilweise auch zu einem Wandel in den Geschlechterverhältnissen kommt. So führen die ökonomischen Umwälzungen Marx zufolge zur „Auflösung“ der Familie

Christina Engelmann

Christina Engelmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Justus-Liebig-Universität Gießen und forscht dort zu Clara Zetkin und der proletarischen Frauenbewegung. Sie promoviert am Frankfurter Institut für Sozialforschung (IfS) mit einer Arbeit zur Kritik des liberalen Freiheitsbegriffs aus einer materialistisch-feministischen Perspektive. Sie ist Vorsitzende des Vereins *Forum kritischer Wissenschaften e.V.* (FkW) und im Sprecher*innenkreis des AK Gender, Kinship, Sexuality und des AK Kritische Bildungsforschung am IfS tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Sozialphilosophie, der kritischen Gesellschaftstheorie und der Geschlechterforschung.



in ihrer hergebrachten Form. War diese bislang als „absolut“ erschienen, werde sie nun als geschichtlich kontingent und damit veränderbar erfahrbar. Einerseits liegt in dieser Entwicklung nach Marx das Potential, dass mit der Änderung der Produktionsverhältnisse auch ganz neue Geschlechterverhältnisse entstehen. Andererseits aber, und an diese Diagnose knüpfen Vertreterinnen der proletarischen Frauenbewegung wie Zetkin und Kollontai an, werde dieses transformative Potential im Kapitalismus immer schon eingeholt und eingeschränkt durch neue soziale Hierarchien und Herrschaftsstrukturen. Demnach gehen zwar gewisse emanzipative Effekte mit der ökonomischen Selbstständigkeit von Frauen einher, doch unterwirft sie dies gleichzeitig unter eine andere Form von Herrschaft, die nicht länger in einer persönlichen Abhängigkeit besteht,

sondern sich als strukturelle, anonyme Macht darstellt, dadurch aber noch sehr viel ausbeutender und unterdrückend wirken kann. Das transformative Potential wird von der proletarischen Frauenbewegung also als etwas betrachtet, das in den materiellen Entwicklungen bereits angelegt ist und das gleichzeitig einer politischen Intervention bedarf, um es emanzipatorisch zu wenden.

Als „materialistisch“ lassen sich diese Analysen in mehrfacher Hinsicht beschreiben: Zum einen insofern sie die historischen Entwicklungen aufzeigen, aus denen heraus eine bestimmte Gesellschaftsformation und die in ihr dominierende Geschlechterordnung entstanden ist und wie in deren Konstitutionsprozess Herrschafts- und Ungleichheitsstrukturen eingeschrieben sind. Dass die Analyse eine „materialistische“ ist, bedeutet

zum anderen, dass die sozialen Zusammenhänge als Produkt menschlichen Handelns und damit als geschichtlich gemacht verstanden werden. Zwar konfrontieren uns die geschichtlich gewordenen Verhältnisse zunächst als etwas Vorhandenes, das außerhalb unserer individuellen Verfügungsgewalt steht. Gleichzeitig ermöglicht das Bewusstsein darum, dass diese Verhältnisse nicht natürlich gegeben sind, sondern etwas, das durch menschliches Handeln, das durch gesellschaftliche Praxis entstanden ist, eine veränderte Perspektive auf die Möglichkeit kollektiven Handelns. Die proletarische Frauenbewegung hat durch ihre Theorie- und Praxisarbeit versucht, aus einer feministischen Perspektive aufzuzeigen, wie sich Gesellschaft historisch verändert hat und was darin bereits an emanzipativem Potential aufscheint, an das aktuelle Kämpfe anknüpfen können.

In der ersten umfassenderen Arbeit zur Frauenfrage von Clara Zetkin, dem Aufsatz *Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart* von 1889, untersucht sie, unter welchen geschichtlichen Bedingungen sich überhaupt erst eine Frauenfrage stellte. Das war keineswegs selbstverständlich, solange Frauen in sehr eingeschränkten Verhältnissen lebten und nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen konnten. Diese Frage stellt sich nach Zetkin erst, wenn die Frauen ihren Lebensinhalt und -unterhalt nicht länger im Kreis der Familie finden und sie einen veränderten Platz in der sozialen

Produktion und Reproduktion einnehmen. Zetkin arbeitet dabei auch die destruktiven Tendenzen dieser Entwicklung heraus. Der Bruch mit den traditionellen Verwandtschafts- und Geschlechterverhältnissen führt zu einer doppelten Belastung der Frauen durch Lohn- und Hausarbeit und damit zu einer stärkeren Unterdrückung der Frauen. Zetkin zufolge führt das kapitalistische Verwertungsprinzip außerdem dazu, dass, obwohl mehr Menschen an der gesellschaftlichen Arbeit beteiligt sind und mit ihrer Arbeit mehr sozialen Reichtum schaffen, die Arbeitsbedingungen schlechter werden und es zu verschärfter Ausbeutung kommt. Der proletarischen Frauenbewegung ging es deshalb gerade um die Rahmenbedingungen, die vorbestimmen, wie wir unsere Arbeits- und Lebensbedingungen gestalten. Sie wollte diesen gesellschaftlichen Rahmen als etwas sichtbar machen, das verhandelbar ist und vermittels politischer Kämpfe ausgehandelt werden muss, damit die veränderten sozialen und ökonomischen Bedingungen nicht zu einer verschärften Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen führen, sondern eine freiere Lebensgestaltung ermöglichen.

In diesem Anliegen ist die frühe Frauenbewegung sehr nahe an späteren Vertreter*innen einer kritischen Geschlechterforschung wie Gudrun-Axeli Knapp und Regina Becker-Schmidt. Knapp hebt die zentrale Bedeutung einer Untersuchung der historischen Entstehungszusammenhänge der gegenwärtigen Gesellschaftsformation

hervor. Nur so werden ihr zufolge die Ausbeutungs- und Ungleichheitsverhältnisse sichtbar, die konstitutiv für diese Gesellschaft sind, doch in der gegenwärtigen Formation nicht mehr in ihrem wechselseitigen Zusammenhang erkennbar werden. Diese sozialen Zusammenhänge von Ausbeutung, Ungleichheit und Herrschaft werden jedoch kaum auf gesellschaftlicher Ebene verhandelt, sondern manifestieren sich vielmehr in Ambivalenzen und Unvereinbarkeiten in der Biografie von einzelnen Frauen. Becker-Schmidt zeigt dies mit Blick auf empirische Studien zu Fabrikarbeiterinnen, die in Interviews davon berichteten, einen ständigen Perspektivwechsel zwischen den Arbeitszusammenhängen in der Fabrik und der Familie leisten zu müssen, in denen unterschiedliche Zeitlichkeiten und Anforderungen eine Rolle spielen, die sich vielfach widersprechen. Soziale Widersprüche erscheinen hier als bloß individuelles Problem oder subjektives Scheitern. Anliegen einer materialistisch-feministischen Analyse ist es demgegenüber, diese Widersprüche als Konsequenz einer Gesellschaftsordnung herauszustellen, die nicht an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet ist, sondern an den Erfordernissen kapitalistischer Produktion. Interessante Bezüge lassen sich hier auch zu Schwarzen Sozialistinnen wie Claudia Jones und Angela Davis herstellen, die die besondere Unterdrückung von Schwarzen Frauen und anderen Marginalisierten untersucht und dabei insbesondere die kolonialen Ausbeutungsprozesse und

Formen vergeschlechtlichter Unterdrückung herausgestellt haben, die in der Geschichte des Kapitalismus aufs engste miteinander verwoben sind.

MB: *Vielen Dank für die Ausführungen! Du hattest bereits angesprochen, dass es materialistisch-feministischen Perspektiven um anonyme Herrschaftsverhältnisse in Form kapitalistischer Logiken geht. Da sich dieses Heft besonders der Rolle von Eigentum für Herrschaftsverhältnisse widmet, drängt sich die Frage auf, wie die kapitalistische Eigentumsordnung mit dem Patriarchat zusammen hängt, auch unter Anbetracht des langen Streits darum, ob das Kapital auf eine vergeschlechtlichte Unterdrückung notwendig angewiesen ist.*

CE: Die Frage nach dem Verhältnis von kapitalistischen Eigentumsverhältnissen und vergeschlechtlichter Unterdrückung erscheint mir hier sehr wichtig, auch wenn ich nicht die These vertreten würde, dass Kapitalismus und Patriarchat notwendig miteinander zusammenhängen. Einerseits lässt sich zwar zeigen, dass es im Kapitalismus bestimmte hierarchische Differenzierungen geben muss und dass diese geschichtlich betrachtet eng mit der Geschlechterdifferenz verknüpft waren. Die transgressive Wirkung, die aus dem Übergang von der feudalen zur kapitalistischen Gesellschaftsformation hervorging, hat sich immer wieder verhärtet, weil die kapitalistische Ökonomie auf herrschaftliche Trennungen wie der zwischen den

Arbeiter*innen und den Produktionsmitteln angewiesen ist: Es muss Menschen geben, die über keinen existenzsichernden Besitz als ihre Arbeitskraft verfügen, um durch das Kapital ausgebeutet werden zu können. Ohne Klassenverhältnisse kann keine Kapitalakkumulation stattfinden. Andererseits ist jedoch nicht vorab festgelegt, wer die Subjekte sind, die ausgebeutet werden und wessen Arbeit besonders prekär stattfindet oder auch ganz unbezahlt bleibt. Das ist historisch kontingent und das war und ist keineswegs auf die weiblichen Genusgruppen beschränkt. Clara Zetkin hat sich aus eben diesem Grund auch klar von der bürgerlichen Frauenbewegung abgegrenzt, da sich die Interessen von Frauen erheblich unterscheiden und auch antagonistisch gegenüberstehen können, je nachdem welchen gesellschaftlichen Status sie innehaben, also welchen Ort in der Gesellschaft sie einnehmen. Wir sehen gegenwärtig, dass einige Frauen durchaus davon profitieren, dass andere marginalisierte Gruppen verstärkt ausgebeutet werden. Oft sind es rassistische, migrantische Arbeiter*innen, deren Arbeitskraft durch andere, von der Geschlechterdifferenz unterschiedene Grenzbeziehungen abgewertet wird, die sich entlang von Nationalstaatszugehörigkeit und autoritären Grenzregimen manifestieren. Kurz gefasst: Historisch betrachtet war die patriarchale Geschlechterordnung eine der zentralen Voraussetzungen kapitalistischer Industrialisierung und ohne unbezahlt verrichtete Reproduktionsarbeit hätte es

die rasante industrielle Entwicklung nicht gegeben, durch die es zur Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise kam. Das gilt allerdings auch für weitere Bedingungen wie die Ausbeutung kolonialisierter Gebiete und Sklav*innenarbeit.

Gleichzeitig ist es aber auch nicht einfach Zufall, dass es gerade weibliche Personen waren, die einer verschärften Ausbeutung ausgesetzt waren. Alexandra Kollontai etwa hat eine sehr grundsätzliche Kritik an der Form geübt, die Beziehungen in kapitalistischen Gesellschaften annehmen und die ihr zufolge durch die Kommodifizierung weiblicher Sexualität gekennzeichnet sind. Kollontai kritisierte dabei alle Verhältnisse, in denen Frauen dazu gezwungen waren, ihre Sexualität und ihren Körper als Ware zu verkaufen. Das sah sie auf der einen Seite in der Prostitution (heute würden wir von Sexarbeit sprechen), denn diese Arbeit hatte unter den damaligen Verhältnissen kein Moment von Agency oder Empowerment, sondern war für die betroffenen Frauen zumeist die einzige Option, ihr Überleben zu sichern. Auf der anderen Seite sah sie dies aber auch in der bürgerlichen Ehe. Hier blieben die Frauen wiederum in ökonomischer Abhängigkeit von ihren Ehemännern und konnten ihr Begehren und ihre Sexualität nicht frei ausleben. In *Ein Weg dem geflügelten Eros*, ihrem vierten Brief an die arbeitende Jugend, beschreibt Kollontai, dass unsere Intimbeziehungen viel lustvoller und glücklicher werden können,

wenn sie von ökonomischen Sorgen befreit sind und reproduktive Tätigkeiten wie Hausarbeit und Kindererziehung nicht länger im Einzelhaushalt stattfinden. Entsprechend setzte sie sich dafür ein, gesellschaftliche Strukturen zu schaffen, die den Einzelnen diese Lasten abnehmen. Als Ministerin für Soziale Fürsorge in den ersten Jahren nach der Oktoberrevolution brachte sie Dekrete zur Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit auf den Weg, ließ Kinderkrippen, öffentliche Cafeterien und Wäschereien eröffnen, setzte sich für ein breites Netz an Unterstützungsmaßnahmen für Mütter und Kindererziehung von früh an ein.

Die Organisierung der Verwandtschaftsbeziehungen innerhalb der heteronormativen Familie wurde von Kollontai auch deshalb kritisiert, weil die Familie eine zentrale gesellschaftliche Institution darstellt, über die sich von einer Generation zur nächsten soziale Ungleichheit reproduziert. Dies betrifft sowohl Privilegien, die mit der sozialen Stellung verbunden sind, als auch den Transfer von Reichtum über die Erbschaft. Diese Diagnose behält ihre Relevanz auch für heutige Verhältnisse. Wie aktuelle Studien zeigen, haben etwa 70 Prozent der Gesamtbevölkerung so gut wie gar nichts zu vererben, Erbschaft und Schenkung spielt für sie also keine Rolle, wohingegen die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung 50 Prozent des Reichtums vererben. Bis heute wird durch die Familie soziale Ungleichheit und gesellschaftliche Vereinzelung befördert.

Auch aus einer Schwarzen feministischen Perspektive wurde die enge Verknüpfung von patriarchalen Verhältnissen und der kapitalistischen Eigentumsordnung herausgestellt. Im Rahmen von Kolonialprozessen kam es immer wieder zur gewaltvollen Durchsetzung der heteronormativen Geschlechterordnung in den Kolonien. Die Etablierung kapitalistischer Eigentums- und Produktionsverhältnisse war dort verbunden mit einer Ordnung von Geschlecht und Sexualität, die gleichzeitig bewusst Ausschlüsse produzierte, insbesondere Sklavinnen verwehrte, Kinder zu haben und überhaupt Verwandtschaftsbeziehungen einzugehen. Nur vor dem Hintergrund dieser Verwobenheit von kapitalistischer Ausbeutung und Kolonialisierung wird begreiflich, weshalb Schwarze Frauen bis weit ins 20. Jahrhundert für weiße Haushalte tätig waren, vielfach in massiv ausbeutenden Verhältnissen. Wie Claudia Jones in ihrem Aufsatz *An End to the Neglect of the Problems of the Negro Woman!* (1949) herausstellt, war es noch in den 1940er Jahren in den USA möglich, dass eine Schwarze Frau mehr als 40 Jahre in einem weißen Haushalt wie eine Sklavin leben musste. Die geschichtlich entstandenen Ausbeutungs- und Ungleichheitsstrukturen führten dazu, dass Schwarze Frauen weiterhin dieser besonderen Ausbeutung ausgesetzt waren, auch nach der formalen Abschaffung der Sklaverei.

MB: *In Deinen Ausführungen bist Du ja auch immer wieder auf ideengeschichtliche Bezugspunkte materialistischer Feminismen eingegangen. Du beschäftigst dich in deiner Arbeit am Institut für Sozialforschung (IfS) wie auch Deiner Dissertation insbesondere mit Clara Zetkin. Am IfS wird zurzeit die marginalisierte Rolle von Frauen für die Institutsarbeit kritisch aufgearbeitet. Was wären beispielsweise Überlegungen und Analysen bei Zetkin, die in den Institutsarbeiten in der Zeit wie auch ihrer Kapitalismustheorie fehlten?*

CE: Ja, zur Bedeutung von feministischer Theorie- und Forschungsarbeit am IfS und der (Un-)Sichtbarkeit von Wissenschaftlerinnen haben wir kürzlich in der Reihe *IfS Aus der Reihe* einen Band mit dem Titel *Im Schatten der Tradition* herausgegeben. Darin werfen wir anhand exemplarischer Biografien und Forschungsarbeiten feministische Perspektiven auf die Geschichte des IfS, da in der gängigen Geschichtsschreibung bislang weitgehend übersehen wurde, dass Frauen von Beginn an Teil der wissenschaftlichen Arbeit am IfS waren. Ich habe für den Band einen Beitrag zum Verhältnis von Felix Weil, einem der Wegbereiter und Begründer des IfS, und Clara Zetkin verfasst. Anhand von Archivmaterial und Korrespondenzen Zetkins arbeite ich darin heraus, welche Bedeutung die Arbeiter*innen- und die proletarische Frauenbewegung in den Anfängen des Instituts für das dort entwickelte Theorieprogramm und die Forschungsarbeit hatten. Sowohl aus den Gründungsdoku-

menten wie der von Felix Weil und Kurt Albert Gerlach verfassten Denkschrift, als auch daraus, was uns von der Marxistischen Arbeitswoche in Geraberg, dem ersten Theorieseminar 1923, und der Institutsarbeit in den ersten Jahren überliefert ist, geht hervor, dass in dieser frühen Phase noch ein enger Zusammenhang zwischen kritischer Gesellschaftstheorie auf der einen und gesellschaftspolitischem Engagement, dem Anspruch auf verändernde Praxis, auf der anderen Seite bestand. Felix Weil lernte Clara Zetkin während seiner Studienzeit in Tübingen kennen, als sie im August 1919 für die Sozialistische Hochschulgruppe, die Weil dort mitgegründet hatte, einen Vortrag zur Frage der Räte hielt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sich auch durch den Austausch mit Zetkin seine Idee festigte und konkretisierte, ein Forschungs- und Lehrinstitut zu gründen, dem es um die Weiterentwicklung marxistischer Theorie und die Erforschung der kapitalistischen Gesellschaft geht. Der Bildung kam dabei eine zentrale Bedeutung zu, gerade auch mit Blick auf die praktische Perspektive, die noch sehr präsent war in der Arbeiter*innenbewegung: dass wir eine Zukunft zu gestalten haben und eine sozialistische Organisation aller Lebensbereiche sich nur realisieren lässt, wenn die Menschen selbst die Rahmenbedingungen ihres Zusammenlebens mitgestalten und darüber nicht von einzelnen Akteuren entschieden wird, die über ökonomische Macht verfügen. Entsprechend bestand in den Anfangsjahren

eine enge Verbindung zu politischen und revolutionären Bewegungen und Weil wird später in seinen autobiografischen Aufzeichnungen rückblickend befinden, er habe mit dem IfS den institutionellen Rahmen für eine Bildungspraxis „im Sinne des Sozialismus“ stiften wollen.

Allerdings – und damit komme ich zu dem Anliegen unseres Bandes, eine andere, feministische Geschichte des IfS zu schreiben – ging kaum etwas von den feministischen Wissensbeständen, die innerhalb der proletarischen Frauenbewegung produziert wurden, in die Forschungs- und Theoriarbeiten am IfS ein. Exemplarisch lässt sich das anhand der Diskussion um das Rätssystem zeigen, das im Anschluss an die Novemberrevolution 1918 innerhalb der Arbeiter*innenbewegung rege diskutiert wurde. Clara Zetkin stellt in einem Aufsatz die Frage, weshalb an den Räten nur so wenig Frauen beteiligt waren und wie man mehr dafür gewinnen könne. Diese Frage ist auch als Kritik an den Parteigenossen zu verstehen, wenn Zetkin hervorhebt, der Anspruch, mit dem Rätssystem eine „proletarische Demokratie“ zu schaffen, bleibe „leere Formel“, so lange es nicht gelinge, die Bedingungen zu schaffen, dass auch Frauen zentralen Anteil an ihm haben. Für solche Fragen gab es am Institut kaum Aufmerksamkeit, auch wenn wichtige Protagonisten wie Friedrich Pollock, Franz Neumann und Max Horkheimer sich für die sowjetische Planwirtschaft interessiert und Analysen

des kapitalistischen Wirtschaftssystems unternommen haben, die zu einer Kontroverse um das Konzept des Staatskapitalismus führte. Aus Briefen Zetkins geht hervor, dass sie über Pollocks Recherchen zur sowjetischen Planwirtschaft informiert war und ihn bei seinem Besuch in der Sowjetunion 1926 vermutlich auch getroffen hat. Sie empfiehlt Rosa Grimm, einer wichtigen Akteurin der proletarischen Frauenbewegung in der Schweiz, an Pollocks Recherchen am Institut mitzuarbeiten, was zeigt, dass Zetkin bis Ende der 1920er Jahre noch im Austausch mit wichtigen Akteuren des IfS stand und sich offensichtlich ein positiveres Bild davon machte, welche Arbeits- und Forschungsbedingungen dort für Frauen bestanden. Vor diesem Hintergrund ist es umso erstaunlicher, dass die Ansätze, die es in der proletarischen Frauenbewegung zum Rätssystem und zur Vergesellschaftung von Hausarbeit gab, kaum aufgegriffen wurden.

Das gilt selbst für die *Studien zu Autorität und Familie*, die in den frühen 1930er Jahren am Institut durchgeführt wurden. Die Arbeiten der sozialistischen Frauenbewegung werden hier überhaupt nur von Andries Sternheim rezipiert, einem jüdisch-niederländischen Sozialisten und Sozialwissenschaftler, der zwischen 1934 und 1938 in der Genfer Zweigstelle des IfS tätig war. In seinem Manuskript *Die Rolle des ökonomischen Motivs in der Familie der Gegenwart* nimmt er auf mehrere Studien und Diskussionen der proletarischen Frauenbewegung Bezug, die

schon in dieser Zeit den Anspruch vertragen, dass die wissenschaftliche Forschung bei den Interessen, Erfahrungen und Kämpfen der Arbeiterinnen anzusetzen habe. Dadurch werfen sie eine überaus aufschlussreiche Perspektive unter anderem auf die Mehrfachbelastung von Frauen, die trotz gewandelter Arbeitsverhältnisse und obwohl sie vielfach zur „Familienversorgerin“ werden, gleichwohl die Hauptlast der Hausarbeit und Kindererziehung zu tragen hatten. Die Studien der sozialistischen Frauenbewegung verstehen sich dabei nicht als wertneutral oder unparteiisch, sondern erheben den Anspruch, eine Orientierung zu geben, wo politische Maßnahmen anzusetzen haben, um gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen die Veränderungen in den Arbeits- und Lebensbedingungen der werktätigen Frauen nicht zu verschärfter Ausbeutung führen, sondern eine selbstbestimmtere Lebensgestaltung ermöglichen. Als Voraussetzung hierfür gilt ihnen eine veränderte Wertung der reproduktiven Arbeiten, was sich nur realisieren lasse, wenn soziale Veränderungen wie neue Konzepte des Wohnens und technische Neuerungen im Alltag der Menschen wirksam werden, die eine Umverteilung reproduktiver Arbeiten ermöglichen.

In dem bereits genannten Artikel *Frauen für die Räte, Frauen in die Räte!* von 1919 betont auch Zetkin, dass sich die gesellschaftliche Organisierung der sozialen Reproduktion und die Rolle, die Frauen

darin zugeschrieben wird, nur ändern kann, wenn in den politischen Entscheidungsprozessen Frauen aktiv mitwirken. Innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems sind solche Veränderungen nach Zetkin nicht möglich, da die Reproduktionsarbeit von Frauen in der kapitalistischen Ökonomie strukturell abgewertet wird, weil sie keinen Wert produziert, also keine produktive Tätigkeit im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik darstellt. Daran kann sich nach Zetkin nur etwas ändern, wenn auch die nicht werktätigen „Hausfrauen“ in den Räten mitwirken, die selbst im Bereich der sozialen Reproduktion tätig sind. Damit gibt Zetkin Hinweise auf eine Form demokratischer Vergesellschaftung, die weit über die Diskussionen über Planwirtschaft und Staatskapitalismus hinausweist, die in dieser Zeit am Institut geführt wurden. In aktuellen Diskussionen über Modelle demokratischer Planwirtschaft finden wir Perspektiven, die Zetkins Konzept der Räte Demokratie ähneln: Die Strukturen sollen hier nicht zentral organisiert, sondern von unten gestaltet sein und von den Erfahrungen der arbeitenden Bevölkerung ausgehen. Damit wird eine Alternative zur gegenwärtigen Organisation der Produktion eröffnet, in der solche Entscheidungen über Marktmechanismen geregelt werden. Mir erscheint es wichtig, in diese Richtung weiterzudenken, also wie sich solche Rätestrukturen gestalten lassen, damit sich aus ihnen eine Gesamtperspektive auf eine sinnvolle Organisation der sozialen Produktion und Reproduktion hin

erschließt, die über die Interessen einzelner Marktakteure hinausweist. Umso dringlicher wird das angesichts rasant steigender globaler Ungleichheiten infolge von Inflation, Klimakatastrophe, Krieg und vielfältiger weiterer Krisen des Kapitalismus, von denen prekär Beschäftigte besonders stark getroffen werden, wohingegen Großunternehmen und Vermögende profitieren. Hier zeigt sich sehr eindrücklich, was Adorno diagnostizierte: dass in kapitalistischen Gesellschaften die vermeintliche Rationalität im Einzelnen die „Irrationalität des Ganzen“ keineswegs aufhebt, sondern vielmehr verschärft. Die frühe Frauenbewegung eröffnet interessante Antworten hinsichtlich der Frage, wie sich die Neugestaltung der sozialen Reproduktion demokratisch und auf eine Weise organisieren lässt, damit diejenigen, die in der bestehenden Gesellschaftsordnung marginalisiert und systematisch ausgeschlossen werden, teilhaben können an diesen Aushandlungsprozessen.

MB: *In Anbetracht all dieser Krisenerscheinungen würde mich zum Abschluss interessieren, was wir Deines Erachtens aus den Erfahrungen der proletarischen Frauenbewegungen für emanzipatorische Kämpfe heute lernen können?*

CE: Eine Erfahrung der proletarischen Frauenbewegung, die auch für meine politische Arbeit wichtig ist, betrifft die Frage nach Bündnissen für unsere Kämpfe um eine andere, nicht länger kapitalistisch organi-

sierte Gesellschaft. Hierfür sind Zetkins Ausführungen zur Beteiligung von Frauen im Rätssystem interessant. Ihre Überlegungen erscheinen mir durchaus anschlussfähig an aktuelle feministische Analysen wie der von Nancy Fraser, die zuletzt dafür argumentiert hat, dass wir – um wirkmächtige, antikapitalistische Bündnisse bilden zu können – ein breiteres Verständnis von Arbeit brauchen, als der Kapitalismus es uns nahelegt. Fraser unterscheidet hierzu drei Formen kapitalistischer Arbeit: die im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik produktive, *ausgebeutete* Arbeit, die zumeist im Einzelfamilienhaushalt von Frauen* unentlohnt verrichtete *Reproduktionsarbeit* sowie *enteignete* Arbeit, die in keinem formalen Lohnarbeitsverhältnis verrichtet wird und unter besonders prekären Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen stattfindet. Letztere wurde im Rahmen von feministischen Kritiken an extraktivistischen Ökonomien verstärkt untersucht, Janina Puder und Bafta Sarbo haben dafür den Begriff der Überausbeutung geprägt. Beschrieben werden damit neue Formationen von Ausbeutung, die unter Bedingungen transnationaler Produktionsverhältnisse entstehen. Zur Profitmaximierung werden dabei natürliche Ressourcen und Land angeeignet und Arbeitskraft auf besonders schonungslose Weise ausgebeutet. Das führt zu unterschiedlichen Lebens- und Arbeitsbedingungen, die mit den unterschiedlichen Arbeitsformen zusammenhängen. Gegen die damit verbundenen Ausbeutungs- und Herrschaftsstrukturen

können wir nach Fraser nur effektiv angehen, wenn wir die verschiedenen Kämpfe im Rahmen einer gemeinsamen Arbeiter*innenbewegung organisieren.

Mir erscheint es sinnvoll, dieses verbindende Moment herauszustellen, weil uns tatsächlich die Erfahrung eint, nicht selbst über die Mittel zu verfügen, um unser Leben und die Weise, wie wir produzieren, selbstbestimmt zu gestalten, sondern darauf angewiesen zu sein, für andere unter Bedingungen zu arbeiten, die wir nicht mitbestimmen können. Aus der Theorie- und Praxisarbeit Kollontais können wir lernen, dass wir in diesem Prozess der Veränderung wiederum mit Auseinandersetzungen und Problemen konfrontiert werden können, die uns spalten. Die von ihr mitgegründete sowjetische Frauenabteilung hatte es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, besondere Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeiterinnen und politischer Organisationsformen einzuleiten. Dadurch sollten die sozialen und ökonomischen Bedingungen geschaffen werden, unter denen sie sich am gesellschaftlichen Leben beteiligen und gemeinsam für ihre Interessen eintreten können. Das setzt nach Kollontai zunächst den Kampf um bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen und gleiche soziale und politische Rechte innerhalb des bestehenden Gesellschaftssystems voraus, darf hier aber – so die Kritik an der bürgerlichen Frauenbewegung – nicht stehen bleiben, weil solche Verbesserungen sonst immer nur einzelnen

Frauen zugutekommen und nichts an der Ausbeutung und Unterdrückung von Arbeiterinnen als kollektivem Problem ändern. Protagonistinnen wie Zetkin und Kollontai übten dabei immer wieder auch intern Kritik an fehlender Unterstützung seitens ihrer Genossen und forderten ein, die sozialistischen Ansprüche an Gleichberechtigung und emanzipierte Geschlechterbeziehungen auch in der eigenen Praxis umzusetzen. Aus ihrer Sicht konnte ein grundlegender Wandel der Geschlechterverhältnisse auf breiter gesellschaftlicher Ebene aber nur dann gelingen, wenn die strukturellen Gründe für die Geschlechterungleichheit überwunden werden, was ihnen zufolge nur durch eine Überwindung der bestehenden Eigentums- und Ausbeutungsverhältnisse zu erreichen war. Eine solche revolutionäre Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse setzte wiederum eine breite Organisation von Arbeiter*innen voraus.

In diese Richtung argumentiert auch Fraser, wenn sie hervorhebt, dass sich die gemeinsamen Interessen der Arbeiter*innen nur durch eine Überwindung kapitalistischer Herrschaft verwirklichen lassen und entsprechend für eine Verbindung der verschiedenen Kämpfe gegen Ausbeutung, rassistische und sexistische Gewalt plädiert. Die Bedeutung breiter Bündnisse wird auch in den gegenwärtigen transnationalen feministischen Kämpfen deutlich, die ihren Ausgang vor allem in Lateinamerika genommen

haben. Ich denke hier etwa an die „Ni una menos“-Bewegung, die in Argentinien als Protest gegen Gewalt an Frauen* und Femizide entstanden ist. Wie Verónica Gago und Lucía Cavallero mit Blick auf ihre Erfahrungen innerhalb dieser Bewegung herausgestellt haben, konnten sie auch deshalb einen breiten gesellschaftlichen Rückhalt gewinnen, weil sie mit ihren Protesten die verschiedenen Ausbeutungs- und Ungleichheitsstrukturen in der Gesellschaft adressiert haben und Bündnisse mit anderen sozialen Initiativen, Organisationen und Gewerkschaften eingegangen sind. Diese aktuellen Kämpfe zeigen eine Nähe zu dem von der proletarischen Frauenbewegung initiierten Internationalen Frauentag auf, der auch als Kampftag eingeführt wurde, um die verschiedenen Widersprüche kapitalistischer Gesellschaften zu adressieren, die Gleichberechtigung von Frauen einzufordern und sich ebenso entschieden gegen kapitalistische Ausbeutung, Militarismus und Krieg zu wenden.

Darüber hinaus lässt sich von der proletarischen Frauenbewegung lernen, dass es nicht nur der Theoriearbeit bedarf, sondern dass die zumeist unscheinbare und mühsame Alltagsarbeit ebenso wichtig ist, also dass soziale Transformation nur in eine emanzipative Richtung wirken kann, wenn auf breiter zivilgesellschaftlicher Basis die Menschen diese Transformation unterstützen. In der Arbeiter*innenbewegung gab es noch die

reale Erfahrung, dass eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft möglich ist und dass wir eine Zukunft vor uns haben, die wir aktiv mitgestalten können. Ich glaube, diese Erfahrung ist heute kaum noch gegenwärtig und das ist auch Ausdruck einer zunehmenden Vereinzelung und praktischen Entmächtigung der Menschen, die durch die neoliberale Umstrukturierung von immer mehr Bereichen des sozialen Lebens und die Dominanz von Social-Media-Plattformen befördert werden. Um Menschen für emanzipative Politik zu gewinnen, erscheint es mir deshalb zentral, dieses Moment der Gestaltbarkeit von Zukunft wieder erfahrbar zu machen, indem wir Infrastrukturen und Räume aufbauen, in denen die Menschen selbst zu Akteuren des sozialen Wandels werden können und die Erfahrung machen, dass sie gemeinsam erfolgreich für ihre Anliegen eintreten können. Die proletarische Frauenbewegung ist ganz ähnlich vorgegangen und hat Akteure adressiert, die in der bestehenden Gesellschaftsordnung besonders ausgebeutet und unterdrückt werden, weil gerade sie ein Interesse an der Veränderung dieser Verhältnisse haben. Sie waren Anfang der 1920er Jahre in der Kaukasusregion aktiv und haben dort muslimische Frauenclubs aufgebaut, um diejenigen Gesellschaftsmitglieder zu erreichen und zu unterstützen, die aufgrund ihrer Stellung in der sozialen Reproduktion besonders marginalisiert sind. Eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung konnte dort

nicht von außen bewirkt, sondern wenn überhaupt nur indirekt befördert werden, indem die Infrastruktur dafür geschaffen wurde, in der die lokale Bevölkerung sich selbst gegen die eigene Unterdrückung und Ausbeutung wehren konnte.

Für die Frage nach der Möglichkeit emanzipativer Kämpfe erscheint mir außerdem eine Beobachtung Walter Benjamins wichtig, die er während seines Aufenthalts in Moskau 1926 über das sowjetische Bildungssystem anstellt. Benjamin beobachtet, dass die Begeisterung für eine andere Lebensweise, für eine Welt ohne Ausbeutung, aus der die revolutionäre Bewegung ihre Kraft gewonnen hat, in einem bestimmten Moment verloren gegangen ist. Was er von den Bildungseinrichtungen und den Jugendorganisationen mitbekommt, lässt ihn zu dem Urteil kommen, dass von der heranwachsenden Jugend keine revolutionäre Erfahrung mehr gemacht werden kann, sondern das Revolutionäre nur noch autoritär vermittelt wird. Diese Beobachtung halte ich für zentral, wenn es um die Frage geht, wie wir (gerade auch nicht schon politisch interessierte) Menschen für ein anderes Gesellschaftsprojekt gewinnen können. Aus meiner eigenen Erfahrung heraus kann ich sagen, dass ich mein politisches Engagement dann als sinnvoll erlebt habe, wenn ich den Eindruck hatte, wir können mit unserem politischen Handeln wirklich etwas an den Strukturen ändern, und wenn gleichzeitig eine solidarische Praxis entstand, die nicht

nur als mühsame Arbeit erfahren wurde, sondern die man auch gerne macht und in der Freundschaften über die politische Arbeit hinaus entstehen. Hier gibt es noch einiges zu tun, gerade was Räume für eine politische Praxis anbelangt, in der erfahrbar wird, dass wir gemeinsam gegen die gesellschaftlichen Widersprüche ankämpfen können und dies auch für uns persönlich befreiend wirken kann.

MB: Vielen Dank für das Interview!

Das Interview wurde im Juni 2024 von **Marc Blüml** geführt und von **Julian Koptisch** lektoriert.

* Der Begriff „Frauen“ wird hier und im Folgenden verwendet, wenn die historischen Texte der proletarischen Frauenbewegung referiert werden. Bereits die Protagonistinnen dieser Bewegung wollten ihn indes nicht im Sinne einer biologischen oder ahistorischen Tatsache verstanden wissen. Wie im Verlauf des Interviews näher ausgeführt, ist die Durchsetzung der heteronormativen Geschlechterordnung und damit auch die Kategorie „Frau“ historisch eng verknüpft mit der gewaltvollen Etablierung kapitalistischer Produktions- und Besitzverhältnisse.

Open Access © 2025 Autor*innen. Dieses Werk ist bei der Verlag Barbara Budrich GmbH erschienen und steht unter der Creative Commons Lizenz Attribution 4.0 International (CC BY 4.0).